

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

13.03.2026: Worum geht es beim Giustizia Referendum am 22./23. März?

Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen auf EU-Ebene sowie der zugespitzten politischen Dynamiken in Italien steht in naher Zukunft eine Entscheidung innerhalb eines strukturellen Spannungsverhältnisses an: zwischen einer Reform, die die Regierung als notwendige Modernisierung der Justiz darstellt, und dem, was als Konsequenz eine mögliche Erosion der Gewaltenteilung mit sich ziehen könnte.

Bisherige Reformen in Melonis Migrationspolitik

Bereits vor einem Jahr berichteten wir über [weitreichenden Eingriffe](#) der Regierung Meloni an der Schnittstelle von Migration und Justiz. Ein zentrales Instrument ist dabei die verstärkte Nutzung von Verordnungen (in italienisch: decreto), die den regulären legislativen Prozess umgehen und Macht stärker in den Händen der Exekutive bündeln. In diesem Kontext wurde unter anderem die Zuständigkeit im Bereich Migration von spezialisierten Abteilungen der Migrationsgerichte auf die [Berufungsgerichte](#) übertragen — ein Schritt, der laut Kritiker*innen die fachliche Spezialisierung schwächt und die gerichtliche Kontrolle sowie die Anfechtungsmöglichkeiten von Regierungsentscheidungen erschwert. Hinzu kommt die bereits bestehende „[Cartabia-Reform](#)“ (2022), die den Wechsel zwischen den Funktionen von Staatsanwält*innen und Richter*innen stark einschränkt: Ein solcher Wechsel ist derzeit nur einmal innerhalb der ersten zehn Dienstjahre möglich.

Potentielle zentrale Änderungen durch das Referendum

Vor diesem Hintergrund rückt nun das Verfassungsreferendum am 22. und 23. März 2026 in den Mittelpunkt. Es gilt als Höhepunkt einer längerfristigen politischen Strategie, mit der die Struktur der italienischen Justiz grundlegend verändert werden soll. Die Wähler*innen sollen über eine tiefgreifende Verfassungsreform entscheiden, die mehrere zentrale Änderungen vorsieht:

- [Vollständige Trennung der Laufbahnen](#): Staatsanwält*innen und Richter*innen würden in zwei strikt getrennte Karrierepfade mit unterschiedlicher Ausbildung und Verwaltung organisiert. Ein Wechsel zwischen den Rollen wird nach der Wahl zu Beginn der Karriere unmöglich.
- [Neustrukturierung des CSM](#): Der bisherige Oberste Rat der Justiz (CSM: Consiglio Superiore della Magistratura) würde abgeschafft und durch zwei getrennte Gremien ersetzt – einen für Richter*innen und einen für Staatsanwält*innen.
- [Einführung des Losverfahrens](#): Die Mitglieder dieser Gremien sollen künftig per Los bestimmt werden, um den Einfluss sogenannter „ideologischen Strömungen“ innerhalb der Justiz zu reduzieren.
- [Hochgericht für Disziplinarmaßnahmen](#): Mit der „Alta Corte“ würde ein eigenes Hochgericht für Disziplinarverfahren gegen Jurist*innen geschaffen. Kritisch gesehen wird insbesondere, dass gegen dessen Entscheidungen kein Einspruch beim Kassationsgericht möglich sein soll.

Kritik und öffentlicher Diskurs

Die Regierung Meloni präsentiert das Referendum als Chance, die Justiz effizienter und verantwortungsbewusster zu machen. Unter dem Argument, ein Richter müsse „drittrangig und unparteiisch“ sein und ein Losverfahren könne die Justiz von der Macht „[politisierter Strömungen](#)“ befreien, versucht sie ihr Vorhaben der Öffentlichkeit als modernisierende Reform und nicht als Eingriff darzustellen. Genau hier liegt jedoch der zentrale Streitpunkt: Viele Richter*innen, Staatsanwält*innen und Oppositionsparteien lehnen die Reform gerade deshalb ab, weil sie eine Gefährdung der [institutionellen Unabhängigkeit der Justiz](#) befürchten. Expert*innen wie der ehemalige Staatsanwalt [Gherardo Colombo](#) warnen, dass das Losverfahren nicht nur die Institution abwerte, sondern auch das Risiko erhöhe, dass die Staatsanwaltschaft stärker unter den Einfluss der Exekutive gerät. Auch Organisationen wie [Pianeta Migranti](#) äußern die Sorge, dass eine geschwächte Justiz vor allem die Rechte von Minderjährigen und Migrant*innen nicht mehr wirksam gegen rechtswidrige Regierungsmaßnahmen verteidigen könne.

Melonis Argumentation beruht unter anderem auf der Annahme, dass im derzeitigen System Karrieren durch [vom Parlament gewählten Personen](#) und durch ideologische Strömungen entschieden werden und die Reform genau dieser Einflussnahme entgegensteuert. Kritiker*innen halten dem jedoch entgegen, dass [richterliche Unabhängigkeit](#) gerade darauf beruht, dass über Zugang zum Amt und beruflichen Aufstieg nicht Regierung oder Verwaltung entscheiden. Selbstverwaltungsorgane mit starker Beteiligung der Richterschaft gelten dabei als zentraler Schutzmechanismus. Der Punkt, der Melonis Argument entgegensteht, ist deshalb nicht, dass das bisherige System perfekt sei, sondern dass die Antwort auf Missstände nicht in einer Schwächung repräsentativer Selbstverwaltung liegen sollte. In Organen, die rechtliche Unabhängigkeit sichern sollen, entsteht Legitimität gerade dadurch, dass Personen [bewusst gewählt werden](#) und nicht zufällig gezogen werden. Ein Losverfahren wirft zudem die Frage auf, wie verhindert werden soll, dass Personen ohne ausreichende Eignung in zentrale Selbstverwaltungsorgane gelangen. Das juristische Online-Magazin [Questione Giustizia](#) argumentiert daher, dass ein solches Verfahren zwar die Macht der Strömungen im CSM vermeintlich brechen solle, zugleich aber die institutionelle Qualität des Organs senken könnte, ohne die zugrunde liegenden Netzwerke tatsächlich zu beseitigen.

Wie wir bereits in vorherigen Scirocco-Updates berichteten, lassen sich diese Narrative in ein wiederkehrendes Muster einordnen: Die angebliche Politisierung bestimmter Institutionen — etwa der Justiz oder des Gesundheitswesens — wird als Vorwand genutzt, um populistische Narrative zu verbreiten, während gerade dadurch die Gewaltenteilung unter Druck gerät. Dadurch versucht die italienische Regierung aktiv, sozio-politische Akteure zu instrumentalisieren, um ihre Machtbereiche und ihr Einflussvermögen auszubauen. Besonders deutlich zeigt sich dies aktuell im Konflikt um die Transfers in die albanischen Zentren (siehe Scirocco vom 9.3.26). Nachdem Gerichte mehrere Entscheidungen der Regierung zu Migrant*innen in [den Zentren in Albanien](#) blockierten, griff Meloni in dieser Woche italienische Richter*innen scharf an und warf ihnen vor, durch die Freilassung von Migrant*innen die Sicherheit Italiens zu gefährden. Solche Behauptungen verdeutlichen den Versuch, richterliche Kontrolle politisch zu delegitimieren. Zugleich zeigt der Fall exemplarisch, in welchem politischen Klima das Referendum verhandelt wird: Gerichtliche Entscheidungen, die Rücktransfers nach Italien anordnen oder das Vorgehen der Regierung begrenzen, werden von Meloni und ihrem Lager öffentlich [als Beleg für eine vermeintlich politisierte Justiz](#) inszeniert.



Wie am 22. Und 23. März 2026 entschieden wird, bleibt abzuwarten; bereits jetzt zeichnet sich jedoch ab, dass das Referendum weit über eine technische Justizreform hinausgeht, da es grundlegende Fragen nach der Unabhängigkeit der Justiz, der Gewaltenteilung und der rechtsstaatlichen Begrenzung exekutiver Macht berührt.

Umso wichtiger ist es, sich deutlich vor Augen zu führen, dass es sich hier nicht um eine bloße gesetzliche Anpassung handelt, sondern um einen Eingriff, der eine Änderung der Verfassung erfordert. Gerade deshalb kommt der Abstimmung besondere politische und demokratische Bedeutung zu. Es ist also entscheidend, wählen zu gehen und sich klar gegen diese Reform zu positionieren. In ganz Italien, ebenso wie in Palermo, mobilisieren sich bereits Gruppen und Initiativen, um über das Referendum zu informieren, für ein Nein zu werben und somit den Eingriff der rechtspopulistischen Regierung in die Unabhängigkeit der italienischen Justiz zu verhindern.